

Harms, Uwe

Article — Digitized Version

Theorie und Praxis einer Analyse öffentlicher Ausgaben

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Harms, Uwe (1969) : Theorie und Praxis einer Analyse öffentlicher Ausgaben, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 12, pp. 723-727

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134052>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Theorie und Praxis einer Analyse öffentlicher Ausgaben

Dr. Uwe Harms, Hamburg

Zumindest seit der Begründung der modernen Wirtschaftstheorie durch Keynes ist die Bedeutung der öffentlichen Ausgaben für den Wirtschaftsablauf jedem Ökonom geläufig. Als Teil der Gesamtnachfrage haben sie einen wesentlichen Einfluß auf die Beschäftigungssituation und damit auf die kurzfristige Höhe des Einkommens bzw. des Sozialprodukts. Doch nicht nur ihre Wirkungen auf die Konjunktur, sondern auch die auf das Wachstum sind inzwischen zum gesicherten Bestandteil der Wirtschaftstheorie geworden. Allerdings sind die letzteren meist nur schwer quantitativ erfaßbar. Nicht zuletzt deshalb gelangten sie erst relativ spät in das Bewußtsein vieler Ökonomen.

Hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Wirtschaftsablauf bilden die öffentlichen Ausgaben jedoch keinen einheitlichen Komplex. Schon eine oberflächliche Betrachtung zeigt, daß sie sich aus sehr unterschiedlichen Kategorien zusammensetzen. Unter kreislauftheoretischen Gesichtspunkten müssen die Investitionsausgaben – Real- und Finanzinvestitionen – von den Ausgaben für den staatlichen Verbrauch und von den Transferzahlungen unterschieden werden. Diese Ausgabenarten nehmen unterschiedliche Stellungen im Kreislaufgeschehen ein und haben dementsprechend unterschiedliche Wirkungen. Diese hängen zudem davon ab, in welcher Phase des Wirtschaftsablaufes die Ausgaben getätigt werden und auf welchen Märkten sie als Nachfrage auftreten.

Wirkungen der Realinvestitionen ...

Unter Realinvestitionen sind die Ausgaben zu verstehen, die zu einer Zunahme des öffentlichen Anlage- und Vorratsvermögens führen. Darüber

hinaus sind nach den Ergebnissen der neueren Wachstumsforschung neben diesen Investitionen im konventionellen Sinne auch die laufenden Ausgaben für Erziehung, Bildung und Forschung sowie für Gesundheit – zumindest im Hinblick auf ihre Wachstumswirkungen – als Investitionen anzusehen. Obwohl sie an sich nicht unmittelbar den Sachkapitalstock, sondern das sogenannte „human capital“ erhöhen, ist eine Zuordnung zu den Realinvestitionen aus Vereinfachungsgründen angebracht.

... auf Konjunktur

Für die konjunkturellen Wirkungen der Realinvestitionen ist jeweils entscheidend, in welchem Maße sie Einkommen und damit Nachfrage und Beschäftigung schaffen. Eine über die einfache Multiplikator-Akzelerator-Analyse hinausgehende, differenzierte Betrachtung zeigt, daß die Einkommenseffekte der Realinvestitionen beträchtliche Unterschiede aufweisen können. Versteht man unter direkten primären Einkommenseffekten diejenigen Einkommensbezüge, die den Arbeitskräften direkt in Form von Löhnen und Gehältern und den Unternehmern in Form von Gewinnen zufließen – sei es, daß sie als öffentlich Bedienstete für Arbeiten im Rahmen eines Investitionsprojektes eingesetzt werden, sei es, daß sie es in einem Unternehmen im Auftrag durchführen –, so ergeben sich hier noch keine wesentlichen Unterschiede. Diese bestehen aber hinsichtlich der indirekten primären Einkommenseffekte, d. h. der Einkommenszahlungen innerhalb aller Zulieferketten, soweit sie für die Realisierung der Investition erfolgen. Je nachdem, wieviel Zulieferketten angesprochen werden und wie tief diese gegliedert sind, ergeben sich unterschiedliche Effekte der Realinvestition.

Amerikanische Untersuchungen, die auf Input-Output-Analysen aufbauen, führten z. B. zu dem Ergebnis, daß bei Tiefbauinvestitionen diese Marktverflechtungen wesentlich geringer sind als bei Hochbauinvestitionen¹⁾. Dagegen sind die sekundären Einkommenseffekte, die sich aus der Wiederverausgabung der primär geschaffenen Einkommen ergeben, im Falle von Tiefbauinvestitionen wahrscheinlich größer.

Unterschiede bestehen mit einiger Sicherheit auch hinsichtlich der tertiären oder Akzeleratorwirkungen von Realinvestitionen. Je nach der Größe der marginalen Konsumneigung und des marginalen Kapitalkoeffizienten sowie je nach den Erwartungen der Unternehmer induziert die zusätzliche Nachfrage aus den Investitionen neuerliche Investitionen in mehr oder weniger starkem Ausmaß. Diese Effekte können jedoch nicht hinreichend quantifiziert werden.

Angesichts der unterschiedlichen Einkommenseffekte können befriedigende Aussagen über die Konjunkturwirkungen von Realinvestitionen jeweils nur im empirischen Einzelfall, nicht aber generell gemacht werden. So sind z. B. die belebenden Einkommenseffekte von Hochbauten aufgrund der stärkeren Marktverflechtung in einer Abschwungsphase, die sowohl durch ein Absinken der Konsumnachfrage als auch der Investitionstätigkeit oder nur der letzteren geprägt wird, höher anzusetzen als die von Tiefbauten. Umgekehrt sind wahrscheinlich Tiefbauinvestitionen von größerer Aufschwungswirkung, wenn der Abschwung vor allem auf eine nachlassende Konsumnachfrage zurückgeht. Die Akzeleratorwirkungen der zusätzlichen Konsumnachfrage aus den Tiefbauinvestitionen treten in diesem Fall nämlich mit einiger Sicherheit ein — im Gegensatz zum Fall eines Abschwungs aufgrund zurückgehender Investitionstätigkeit, die immer auch geringe Unternehmererwartungen bedeutet. In einer Aufschwungsphase werden alle Realinvestitionen die Aufschwungsbewegung verstärken.

Wachstumseffekte

Wachstumswirkungen oder Kapazitätseffekte öffentlicher Realinvestitionen können bis heute quantitativ nicht exakt ermittelt werden. Die Schwierigkeiten liegen letztlich darin, daß die öffentlichen Leistungen nicht mit Hilfe des marktwirtschaftlichen Bewertungsmechanismus erfaßt, d. h. mit Marktpreisen bewertet werden können. Letztere fehlen zumeist völlig. Trotzdem leugnet kein Ökonom mehr die Existenz von derartigen Wachstumseffekten. Dazu sind die Komplementäreffekte

¹⁾ Vgl. dazu das Verhältnis von direkten und indirekten primären Einkommenseffekten bei verschiedenen Investitionsvorhaben. In: A. M. Strout: Primary Employment Effects of Alternative Spending Programs. In: The Review of Economics and Statistics, Vol. XL, 1958, S. 322.

öffentlicher Realinvestitionen, die den privaten Investitionen zugute kommen, und ihre räumlichen Erschließungseffekte zu offensichtlich. Schließlich haben cost-benefit-Analysen für Projekte in nahezu allen öffentlichen Bereichen trotz aller noch bestehender Unzulänglichkeiten Wachstumseffekte nachgewiesen, zumindest in Form der die gesamtwirtschaftlichen Kosten übersteigenden gesamtwirtschaftlichen Erträge.

Allerdings ist wiederum zu beachten, daß die Wachstumseffekte von Projekt zu Projekt und von Bereich zu Bereich unterschiedlich sind und nur in einer bestimmten Situation der Wirtschaftsentwicklung jeweils hinreichend genau beurteilt werden können.

Konjunkturreffekte der Finanzinvestitionen ...

Finanzinvestitionen sind normalverzinsliche, zinsverbilligte oder zinslose Kredite der öffentlichen Hand an Unternehmen und öffentliche Beteiligungen. Trotz gewisser Subventionseffekte sollten auch die zinsbegünstigten Kredite als Finanzinvestitionen und nicht als Subventionen behandelt werden, da sie — schon aufgrund der Rückzahlungspflicht — einen anderen Charakter und Effekte von stärkerer Intensität als reine Subventionen haben.

Die Konjunkturwirkungen der Finanzinvestitionen treten im Gegensatz zu denjenigen der Realinvestitionen nur indirekt über die Reaktion der Empfänger ein. Eintritt und Ausmaß des Einkommenseffektes hängen zunächst davon ab, ob die Unternehmen die öffentlichen Kredite lediglich zu einer vollständigen oder partiellen Substitution der Investitionsmittel und/oder -projekte verwenden oder tatsächlich in vollem Umfang zusätzliche Investitionen tätigen.

In einer Abschwungsphase dürfte die Substitution die Regel sein. Nur in den wenigen Wirtschaftszweigen mit hoher Kapitalintensität und geringer Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals — Bergbau, Wohnungs- und Kraftwerksbau —, in denen der Zins kosten- und damit gewinnmäßig von Bedeutung ist, werden zinsgünstige Finanzierungsmittel zu zusätzlichen Investitionen führen.

In konjunkturellen Aufschwungsphasen, in denen die Investitionsneigung in der Regel größer als die Investitionsmöglichkeit ist, werden dagegen die zusätzlichen Finanzierungsmittel auch eine unmittelbare Erhöhung der Investitionen zur Folge haben. Das Ausmaß der Investitionssteigerung hängt dabei nicht nur von der Höhe der gewünschten privaten Investitionen ab, sondern auch davon, ob das private Kreditangebot durch die Finanzinvestitionen elastischer wird. In einer Aufschwungsphase dürften von den öffentlichen Krediten derartige komplementäre Effekte auf die

privaten Finanzierungsmöglichkeiten ausgehen, so daß die Erhöhung der privaten Investitionstätigkeit das Ausmaß der Finanzinvestitionen übersteigt.

Im übrigen variieren die Einkommenseffekte wie im Falle der Realinvestitionen nach den Märkten, die angesprochen werden.

... und Wachstumswirkungen

Auch die Wachstumseffekte der Finanzinvestitionen entstehen nur indirekt durch die Reaktion der Empfänger. Wenn die Entscheidung der privaten Unternehmen für zusätzliche Investitionen gefallen ist, unterscheiden sich die Kapazitätseffekte im Prinzip nicht von denen der öffentlichen Realinvestitionen, abgesehen davon, daß sie zum Teil in anderen Bereichen wirksam werden. Die wahrscheinlich größten Wachstumswirkungen können Finanzinvestitionen allerdings erzielen, wenn sie dazu beitragen, eine volkswirtschaftlich optimale Produktions- und Beschäftigungsstruktur zu realisieren. Aufgrund der Möglichkeiten, Finanzinvestitionen gezielt und konzentriert einzusetzen, sind sie in Verbindung mit sinnvollen Auflagen geeignet, Strukturverschiebungen zu ermöglichen oder zu erleichtern. Andererseits können sie – unsachgemäß verteilt – wesentlich zur Zementierung einer Produktionsstruktur beitragen und damit das Wachstum hemmen. Ihre Wachstumswirkung hängt also wesentlich davon ab, in welche Bereiche sie in der jeweiligen Wachstumsphase fließen.

Öffentlicher Verbrauch ...

Unter öffentlichem Verbrauch sollten die Personal- und die laufenden Sachausgaben in den jeweiligen Aufgabenbereichen verstanden werden, die der Staat für die permanente Produktion von Verwaltungsleistungen tätigen muß. Diese Abgrenzung umfaßt nicht nur den Eigenverbrauch, sondern auch die Verkäufe an andere Sektoren. Die Tatsache, daß für den letzteren Teil der Verwaltungsleistungen ein Entgelt erhoben wird und für den ersteren nicht, erscheint für eine kreislauftheoretisch sinnvolle Trennung nicht ausreichend. Auch die Ausgaben für Verteidigungszwecke werden nicht wie üblich geschlossen als Verbrauch betrachtet. Ein wesentlicher Teil dieser Ausgaben trägt nämlich den Charakter von Realinvestitionen.

... und Konjunktur

Die unter konjunkturellem Aspekt relevanten Einkommenseffekte der Verbrauchsausgaben gleichen im Prinzip denen der Realinvestitionen. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß ein nicht unwesentlicher Teil der Personalausgaben in Einkommens- bzw. Bevölkerungsschichten mit anderen Verbrauchs- und Spargewohnheiten fließt als das Ein-

kommen aus Realinvestitionen. Die geringere marginale Konsumneigung in diesen Schichten läßt zunächst auf eine geringere Multiplikator-Akzelerator-Wirkung schließen. Dem steht jedoch gegenüber, daß die Marktverflechtung im Falle der Verbrauchsausgaben stärker ist als bei den Realinvestitionen. Je nach der Konjunktursituation kann daher der Einkommenseffekt insgesamt größer oder kleiner sein als der von Realinvestitionen. In Abschwungsphasen z. B., in denen ein Rückgang der Konsumgüternachfrage Akzeleratoreffekte von Realinvestitionen unwahrscheinlich macht, dürfte er größer, in Abschwungsphasen, die noch nicht durch rückläufige Konsumgüternachfrage, sondern durch sinkende Investitionstätigkeit charakterisiert sind, dürfte er kleiner sein. Im letzteren Fall besteht nämlich eine reelle Chance für das Zustandekommen von Akzeleratoreffekten.

Wachstumseffekte öffentlichen Konsums

Die Quantifizierung der Wachstumseffekte öffentlicher Verbrauchsausgaben ist bisher in noch geringerem Maße als bei den Realinvestitionen möglich. Trotzdem sind diese Effekte nicht zu leugnen. Öffentliche Verbrauchsausgaben besonders in den Bereichen der inneren Sicherheit und Ordnung, der sozialen Fürsorge, der Finanz- und Steuerverwaltung und der öffentlichen Versorgung schaffen die politischen, sozialen und administrativen Voraussetzungen für die Entfaltung wirtschaftlicher Tätigkeiten. Ihr gemeinsames Kennzeichen ist, daß sie stets soziale Zusatzkosten der privaten Produktion bilden, die Reibungen und Engpässe innerhalb des privaten Sektors verhindern oder mildern²⁾. Eine fundierte Beurteilung der Wachstumseffekte kann jedoch wiederum nur für eine spezifische Situation erfolgen.

Transferzahlungen ...

Als Transferzahlungen schließlich sind monetäre Einkommens- und Vermögensübertragungen des Staates ohne unmittelbare ökonomische Gegenleistung anzusehen. Dazu zählen die Sozialtransfers an die Haushalte und die Subventionen an die Unternehmen.

Ein konjunkturell relevanter Einkommenseffekt aufgrund von Transfers tritt wie im Falle der Finanzinvestitionen nur indirekt über die Reaktion der Empfänger auf. Eintritt und Ausmaß des Einkommenseffektes hängen im Falle der Sozialtransfers davon ab, ob und in welchem Umfang die Haushalte die Einkommensübertragungen zu Käufen verwenden. Im Falle der Subventionen kommt es darauf an, ob sie die Unternehmen nur zur Substitution oder zu zusätzlichen Investitionen veranlassen.

²⁾ Vgl. K. Littmann: Zunehmende Staatstätigkeit und wirtschaftliche Entwicklung, Köln und Opladen 1957, S. 124 f.

Im Falle der Sozialtransfers ist angesichts ihres Unterstützungscharakters die Wiederverausgabung sicher. Aufgrund der wesentlich höheren Konsumneigung der Transferempfänger gegenüber anderen Bevölkerungsschichten dürfte der Einkommenseffekt nur wenig geringer sein als im Falle direkter zusätzlicher Käufe von Konsum- und Investitionsgütern in gleicher Höhe durch die öffentliche Hand. Dagegen spricht auch nicht die Tatsache, daß bei den Transfers schon auf der ersten Stufe des multiplikativen Einkommensentstehungsprozesses nur der um die Ersparnis verringerte zusätzliche Transfer Einkommen schafft. Hinsichtlich der Art der Wirkungen in den verschiedenen Konjunkturphasen besteht zwischen den Sozialtransfers und den Personalausgaben weitgehende Ähnlichkeit. Ebenso gleichen sich die Wirkungen von Subventionen und Finanzinvestitionen.

... ohne direkten Kapazitätseffekt

Wendet man sich schließlich den Wachstumswirkungen der Transferzahlungen zu, so ist bei den Sozialtransfers ein direkter Kapazitätseffekt nicht erkennbar. Im Falle der Subventionen gilt wie bei den Finanzinvestitionen, daß ein Kapazitätseffekt nur indirekt über die Reaktion der Unternehmer und nur unter den geschilderten Voraussetzungen bzw. in besonderen Konjunktursituationen eintritt. Ist die Entscheidung für zusätzliche Investitionen gefallen, so unterscheiden sich die Kapazitätseffekte kaum von denen der Realinvestitionen. Die Subventionen können allerdings starke Wachstumswirkung dadurch haben, daß sie die wachstumsnotwendigen Strukturverschiebungen erleichtern. Ihre Möglichkeiten, zur Strukturkomponente des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts beizutragen, dürften angesichts der fehlenden Verzinsungs- und/oder Rückzahlungspflicht noch größer sein als bei den Finanzinvestitionen. Voraussetzung ist allerdings wieder, daß sie zweckmäßig aufgeteilt und ausgestaltet werden.

Unzureichende Statistiken

Die öffentlichen Ausgaben nehmen also eine zentrale Position im Wirtschaftskreislauf ein. Danach haben sich auch die wirtschaftspolitischen Entscheidungen auszurichten. Damit aber solche Entscheidungen sinnvoll getroffen werden können, bedarf es einer hinreichend genauen Beobachtung, Analyse und Beurteilung der Konjunktur- und Wachstumswirkungen der öffentlichen Ausgaben. Dies gilt um so mehr, je größer der Umfang der öffentlichen Ausgaben wird.

Voraussetzung für eine differenzierte Analyse der Konjunktur- und Wachstumswirkungen der öffentlichen Ausgaben ist aber eine statistische Erfassung der öffentlichen Ausgaben nach ihrer Stellung im Kreislauf und nach den Märkten, auf denen

sie wirksam werden. Diese Voraussetzung wird aber bisher von den amtlichen Statistiken nicht hinreichend erfüllt.

Gliederung im Haushaltsplan

Im Haushaltsplan werden die öffentlichen Ausgaben bis heute prinzipiell nicht nach ökonomischen Kategorien (Investitionen, Verbrauch, Transfers), sondern nach Verantwortungsbereichen (Ministerien) und innerhalb dieser Bereiche nach fortdauernden und einmaligen Ausgaben gegliedert. Die fortdauernden Ausgaben wiederum werden in Personalausgaben, Sachausgaben und Allgemeine Ausgaben unterteilt.

Als Ergänzung zum eigentlichen Haushaltsplan werden außerdem ein Funktionenplan und ein Haushaltsquerschnitt ausgewiesen. Der Funktionenplan gliedert die öffentlichen Ausgaben nicht nach Ministerien, sondern nach organisch zusammengehörenden Ausgabenbereichen (z. B. Gesundheitswesen, Verkehr, Verteidigung). Der Haushaltsquerschnitt geht noch einen Schritt weiter und unterteilt die funktional gegliederten Ausgaben noch jeweils nach Personal-, Sach- und Allgemeinen Ausgaben³⁾.

Die Gliederung der Ausgaben nach dem Ministerialprinzip ist für eine Analyse der Konjunktur- und Wachstumswirkungen wenig aussagefähig. Zum Teil werden nämlich gleichartige Funktionen von verschiedenen Ministerien durchgeführt. Nur von den Funktionen aber könnte – wenn auch nicht exakt – auch auf die beanspruchten Märkte geschlossen werden, solange noch keine hinreichenden Input-Output-Analysen zur Verfügung stehen.

Die Ausgabengliederung des Funktionenplans vermeidet diesen Nachteil. Sie zeigt aber andererseits nicht, welcher Art die Nachfrage der öffentlichen Hand auf den betreffenden Märkten ist – Nachfrage nach Konsumgütern, Dienstleistungen oder Investitionsgütern – oder ob die öffentliche Hand direkt oder indirekt nachfragt (indirekt heißt, daß sie privaten Haushalten oder Unternehmen Kredite oder Transferzahlungen zukommen läßt).

Diese Kriterien sind jedoch ebenso entscheidend für die Kreislaufwirkungen der Ausgaben wie deren Aufteilung auf die einzelnen Märkte.

Haushaltsquerschnitt

Der Haushaltsquerschnitt bietet eine Ausgabengliederung nach dem anzustrebenden Prinzip einer Kombination von funktionalen und ökonomischen Kategorien. Letztere geben jedoch keinen hinreichenden Aufschluß über die Stellung der Aus-

³⁾ Vgl. z. B. Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1966, Bonn 1966, S. 39, 86 ff.

gaben im Kreislauf. Während die einmaligen Ausgaben überwiegend Investitionen umfassen und die Personalausgaben dem Konsum zuzuordnen sind, enthalten die Sachausgaben neben konsumtiven auch Ausgaben, die besser zu den Investitionen gezählt werden sollten. Die Allgemeinen Ausgaben setzen sich gar aus konsumtiven, investiven und Transferausgaben in Form von Unterstützungen, Pensionen, Zuschüssen und Beihilfen zusammen.

Ab 1970 gilt ein neuer Gruppierungsplan für die Ausgaben aufgrund des kürzlich verabschiedeten Haushaltsgrundsatzgesetzes. Dieser Plan stellt insofern einen entscheidenden Fortschritt dar, als er Kategorien unterscheidet, die ökonomisch und kreislauftheoretisch von eindeutiger Natur sind. Allerdings müssen auch in diesem Fall die Ausgaben zum Zweck einer gesamtwirtschaftlichen Analyse zum Teil anders aggregiert werden, als es im Gruppierungsplan vorgesehen ist⁴⁾. So ist es z. B. notwendig, die Versorgungsausgaben für ehemals öffentlich Bedienstete nicht zu den Personal- und damit zu den Konsumausgaben des Staates, sondern zusammen mit den Unterstützungen, Renten und Zuschüssen an Unternehmen und sonstige Organisationen zu den Transferzahlungen zu zählen, da sie kaum andere Auswirkungen als diese haben dürften. Überdies ist es bedauerlich, daß der Gruppierungsplan nur für Bund und Länder, nicht aber für die rd. 25 000 Gemeinden verbindlich ist.

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden die öffentlichen Ausgaben auf verschiedenen Konten ausgewiesen: auf dem Produktionskonto die Käufe für die laufende Produktion (von Vorleistungen), auf dem Umverteilungskonto die Subventionen und die geleisteten laufenden Übertragungen ohne Subventionen und auf dem Vermögensänderungskonto die Käufe von Anlageinvestitionen von Grund und Boden und gebrauchten Anlagen sowie die geleisteten Vermögensübertragungen⁵⁾. Diese Kategorien geben zwar unmittelbar Aufschluß über die Stellung der Ausgabengruppen im Kreislauf, nicht aber über die angesprochenen Märkte bzw. die Intensität, mit der die öffentliche Nachfrage auf den verschiedenen Märkten auftritt, da eine funktionale Aufteilung fehlt.

Amtliche Finanzstatistik

Auch in der amtlichen Finanzstatistik liegt bisher keine kombiniert kreislauftheoretisch-funktionale Gliederung der öffentlichen Ausgaben vor. In der Regel werden die Ausgaben getrennt nach Funk-

tionsbereichen und unterschiedlichen ökonomischen Ausgabenarten gegliedert und auch getrennt ausgewiesen. Allein das Statistische Bundesamt kombiniert in seinen Veröffentlichungen „Staatsfinanzen . . .“ und „Kommunal финанzen . . .“ diese Gliederungen⁶⁾.

Die Ausgabenarten sind dabei zwar überwiegend ökonomischer Natur, können jedoch nicht ohne weiteres für kreislauftheoretische Untersuchungen herangezogen werden. Für sie gilt Ähnliches wie für die Ausgabenkategorien des Haushaltsquerschnittes. Auch hier werden Ausgaben mit verschiedenen Auswirkungen zusammen ausgewiesen. Vor allem werden in den Positionen „Zuweisungen an Zweckverbände u. ä.“ sowie „Übrige Ausgaben“ neben konsumtiven auch investive bzw. Transferausgaben erfaßt.

Ab 1970 wird jedoch mit der geplanten „gesamtwirtschaftlichen Gruppierung“ auch in der Finanzstatistik eine entscheidende Verbesserung der Datenaufbereitung vorgenommen. Die Übertragungen an Unternehmen und private Haushalte werden dann gesondert ausgewiesen, und die anderen Ausgabenarten werden nahezu alle nach ihrem konsumtiven oder investiven Charakter unterteilt⁷⁾. Allerdings muß auch hier kritisch angemerkt werden, daß die Versorgungsausgaben nicht bei den konsumtiven (Personal-) Ausgaben, sondern besser bei den Transfers verbucht werden sollten. Überdies entspricht die – nach einer internationalen Vereinbarung erfolgende – Zurechnung militärischer Güter und Anlagen ohne Rücksicht auf die Lebensdauer zu den (konsumtiven) Käufen von Gütern und Diensten der laufenden Rechnung nicht der kreislauftheoretischen Stellung und Wirkung eines wesentlichen Teils der Militärausgaben, der absolut den Charakter von Investitionen hat.

Diese Bestandsaufnahme der amtlichen Zahlwerke, die für eine differenzierte Strukturanalyse öffentlicher Ausgaben in Frage kommen, ist also unbefriedigend. Eine effizientere Gliederung der öffentlichen Ausgaben muß dahingehen, daß die Ausgaben zu den kreislauftheoretischen Kategorien Investitionen, Verbrauch und Transferzahlungen aggregiert und dann jeweils nach den Funktionalbereichen aufgeteilt werden⁸⁾.

⁴⁾ Vgl. z. B. „Staatsfinanzen 1963“, Fachserie L 1/III, Hrsg. Statistisches Bundesamt, Stuttgart/Mainz 1966, Tab. B 1, S. 32 ff., und „Kommunal финанzen 1963“, Fachserie L 1/II/2, Hrsg. Statistisches Bundesamt, Stuttgart/Mainz 1966, Tab. A 1, S. 24 ff.

⁷⁾ Vgl. E. Freund, a. a. O., S. 581.

⁸⁾ Eine solche Gliederung ist vom Verf. durch Neuberechnung anhand der amtlichen Finanzstatistik für die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in der Bundesrepublik in den Jahren 1950, 1954, 1955, 1958, 1959, 1962 und 1963 erstellt worden. Vgl. Uwe Harms: Die Forderung eines konstanten Staatsanteils am Bruttosozialprodukt – Wirkungen auf Konjunktur und Wachstum mit einer Neuberechnung der öffentlichen Ausgaben, Verlag Weltarchiv, Hamburg 1970. Die Ausgaben des Stadtstaates Hamburg in den Jahren 1964, 1965, 1966 und 1967 wurden ebenfalls vom Verf. nach dem obigen Prinzip neu gegliedert. Die Veröffentlichung dieser Daten ist ebenfalls geplant.

⁴⁾ Vgl. Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Drucksache V/4379 v. 12. 6. 1966, S. 5, und E. Freund: Laufende Ausgaben der öffentlichen Verwaltung. In: Wirtschaft und Statistik, Jg. 1968, H. 12, S. 591.

⁵⁾ Vgl. z. B. Wirtschaft und Statistik, Jg. 1968, H. 10, S. 618* ff.